

Gast
Frau Lufen

SJD-Die Falken

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses (JHA) fest.

Frau Brinkmann bittet darum, entsprechend der Vorgehensweise in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses den TOP 6 nur in 1. Lesung zu beraten.

Zu Punkt 1.1 Bestellung des Schriftführers

Herr Flachmann wird für diese Sitzung zum Schriftführer bestellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 49. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.09.2019

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 49. Sitzung am 11.09.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 30.09.2019

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftlich vorliegende Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.2

Sachstand Reform KiBiz

Beigeordneter Herr Nürnberger gibt den aktuellen Sachstand nach der Anhörung am 30.09.2019 und der heutigen Ausschusssitzung des Städtetages zu diesem Thema bekannt.

Die ca. 10-stündige Verbändeanhörung sei von den Beteiligten genutzt worden, um Erwartungen, Kritik und Änderungsanliegen zu formulieren. Das Ministerium habe sich dahingehend geäußert, die Kritiken und Änderungsanliegen auszuwerten. Beigeordneter Herr Nürnberger äußert jedoch die Vermutung, dass es keine gravierenden Änderungen/Verbesserungen mehr geben werde, sowohl hinsichtlich der Kritik der Freien Träger und deren Verbände als auch hinsichtlich der Hinweise aus den Städten.

Aus Trägersicht werde insbesondere der gesetzliche Trägeranteil kritisch gesehen, der weiterhin im KiBiz verankert werden soll. Die Träger sehen sich dadurch - zumindest perspektivisch - immer stärker belastet. Sie erwarten mindestens eine Begrenzung der finanziellen Belastung, hilfsweise eine Übernahme der zusätzlichen Belastung im Rahmen einer Ausweitung der freiwilligen Trägeranteilssubventionierung durch die Kommunen. Letzteres würde eine kommunale Mehrbelastung bedeuten. Die Verwaltung befinde sich hier im internen Erörterungsprozess. Das Thema sei auch in der gestrigen AG nach § 78 SGB VIII für den Bereich der Tagesbetreuung bereits mit den Trägern diskutiert worden. Verwaltung und Träger werden sich darüber in Kürze gemeinsam intensiver austauschen.

Herr Langeworth sieht in dem Gesamtpaket eine große Verbesserung. Er bittet darum, Mitteilungen künftig schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Frau Eberlein regt an, dieses Thema künftig nicht mehr unter dem TOP Mitteilungen zu behandeln, sondern unter einem ordentlichen Tagesordnungspunkt mit schriftlichen Vorlagen, damit ein Austausch stattfinden kann und genügend Zeit für Diskussionen zur Verfügung steht.

Vorsitzend Frau Weißenfeld greift diesen Vorschlag auf.

Zu Punkt 2.3

Fachtag Schulsozialarbeit

Herr Hanke teilt mit, dass am 27.11.2019 ein „Fachtag Schulsozialarbeit“ als Auftaktveranstaltung stattfinden soll, zu der alle Fachkräfte der Träger und der Verwaltung eingeladen sind.

Die Verwaltung werde weiterhin zu diesem Thema berichten.

Zu Punkt 2.4

Nutzungsabsprachen LITTLE BIRD

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses am 15.05.2019, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, sich gemeinsam mit den Kita-Trägern und dem Jugendamtselfternbeirat auf Standards bei der Anwendung von LITTLE BIRD zu einigen. Ziel sei es, den nachvollziehbaren Bedarf der Eltern hinsichtlich der konsequenten, einheitlichen und zeitnahen Anwendung des Programms künftig besser zu entsprechen.

In Gesprächen der vorstehend genannten Beteiligten ist es gelungen, entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Wesentliche Eckpunkte sind:

1. Um die Transparenz für die Eltern zu erhöhen, sind Vereinbarungen darüber getroffen worden, welche Informationen die Kita-Träger in LITTLE BIRD bzw. auf ihrer verlinkten Homepage bereitstellen.
2. Weiter ist vereinbart worden, dass alle relevanten Daten schnell in das System eingepflegt werden und dass die notwendigen Arbeitsschritte dort zeitnah umgesetzt werden. Zu dem Zweck sind Zeitkorridore vereinbart worden.
3. Schließlich ist vereinbart worden, dass die Vergabe von Kita-Plätzen koordinierter als bisher erfolgt. Bis zum 15.12. eines jeden Jahres sollen primär Plätze an die Eltern vergeben werden, die ihren Aufnahmewunsch mit erster oder zweiter Priorität versehen haben. Bis zum 15.02. des Folgejahres soll dann die Platzvergabe an die anderen Eltern erfolgen. Bei alledem sind natürlich die Aufnahmekriterien zu berücksichtigen. Der Wunsch der Eltern mit z.B. erster Priorität kann nur dann Berücksichtigung finden, wenn die Eltern auch die Aufnahmekriterien erfüllen.

Das neue Verfahren soll bereits für die Vergabe für das nächste Kita-Jahr Anwendung finden. Vereinbart ist eine Evaluation und ggfs. eine Nachsteuerung im Frühjahr 2020.

Träger und Verwaltung sehen in der getroffenen Vereinbarung einen guten Schritt, um den Anliegen der Eltern nachzukommen.

Frau Purucker bedankt sich bei der Politik, den Trägern und dem Jugendamt, dass die Stellungnahmen des Jugendamtselfternbeirates berücksichtigt wurden. Der Jugendamtselfternbeirat stehe vollumfänglich hinter der Kooperationsvereinbarung. Diese stelle eine deutliche Verbesserung für die Eltern dar.

Sie bittet zeitnah um eine Presseinformation, damit die Eltern über das neue Verfahren informiert sind.

Zu Punkt 2.5

Film Systemsprenger

Herr Epp verweist auf den bundesweiten Kinostart des Films „Systemsprenger“. Die Agentur sowie die Regisseurin Nora Finkscheidt haben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter angeboten, die-

sen Film zu zeigen und im Anschluss für Gespräche zur Verfügung zu stehen. Die Veranstaltung soll stattfinden am 14.11.2019 zwischen 09.00 und 13.00 Uhr im CinemaxX Bielefeld. Die Einladung/Anmeldung werde in Kürze an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses versandt.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Antrag des JAEB vom 29.09.2019: Verfügbarkeit von Fachkräften im Kita-Bereich**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9448/2014-2020

Frau Purucker erläutert den Antrag.

Frau Brinkmann findet den Antrag sehr berechtigt und kündigt Zustimmung an.

Beigeordneter Herr Nürnberger unterstreicht die Bedeutung dieses Themas. Er weist angesichts des nicht unerheblichen Aufwandes für die Träger und für die Verwaltung darauf hin, dass die Erhebung der Daten eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen und es sich bei einer Sicht auf die nächsten fünf Jahre allenfalls nur um Annäherungswerte handeln werde.

Frau Hopster bittet darum, nicht nur den Kita-, sondern auch den OGS-Bereich zu betrachten. Hierfür bietet sie die Unterstützung der Träger an.

Frau Henke stimmt dem Antrag ebenfalls zu und schlägt ergänzend vor, sich vermehrt um männliche Bewerber zu bemühen und dieses Thema in die Prognosen einzubeziehen.

Frau Eberlein stimmt dem Antrag zu. Sie verweist auf die sich verschärfende Situation des Fachkräftemangels. Es habe bereits vielfältige Aktionen gegeben, um dem entgegenzuwirken. Dennoch werde es ein zunehmendes Problem. Sie schlägt deshalb vor, das Augenmerk nicht vornehmlich auf die Erhebung von Zahlen zu richten, sondern parallel vielmehr zu schauen, welche weiteren Initiativen in Bielefeld möglich sind.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Verfügbarkeit von Fachkräften im Kita-Bereich für die nächsten fünf Jahre in Bielefeld sichergestellt ist.
2. Prognostiziert die Prüfung einen bevorstehenden Fachkräftemangel, sollen mögliche Maßnahmen gegen diese Entwicklungen ermittelt und der jeweilige Kostenaufwand für die einzelnen Punkte beziffert werden. Falls bereits Maßnahmen ergriffen wurden, wird um eine Auflistung gebeten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Bezuschussung inklusiver Ferienspiele in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9403/2014-2020

Frau Puffer und Frau Lufen berichten ergänzend zu den Ausführungen in der Informationsvorlage über die Vorbereitungen und den Ablauf der inklusiven Ferienspiele in den Sommerferien.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist auf die Finanzierung durch die Stadt hin. Für 2020 seien 30.000 € eingeplant. Es sei damit zu rechnen, dass die Nachfrage steigen werde. Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel könne die Situation eintreten, dass zu bestimmten Zeiten nicht alle Kinder berücksichtigt werden können.

Die Verwaltung werde über die weitere Entwicklung berichten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Konzept für eine Nutzung des "Grünen Würfels" auf dem Kesselbrink

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9469/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass der TOP heute in 1. Lesung beraten wird.

Sie gibt bekannt, dass die Abschlussberatungen zu diesem Punkt am 12.11.2019 um 16.00 Uhr in einer gemeinsamen Sondersitzung von Sozial- und Gesundheitsausschuss und Jugendhilfeausschuss stattfinden sollen.

Beigeordneter Herr Nürnberger stellt ergänzend zur Vorlage das Konzept unter Verwendung einer Powerpoint-Präsentation vor.

Er weist abschließend darauf hin, dass der vorgesehene Start im November aufgrund des noch bestehenden Beratungsbedarfes nicht eingehalten werden könne.

Frau Brinkmann bedankt sich für die frühzeitige Beteiligung in Form der Vorgespräche. Nach ausführlicher Diskussion in der Fraktion seien folgende Punkte anzumerken:

- Seit langem seien Probleme mit der Drogen- und Trinkerszene auf dem Kesselbrink zu sehen.
- Die Vorlage sei mit heißer Nadel gestrickt; es handele sich um einen Freifahrtschein ohne konkreten Inhalt.
- Im Zusammenhang mit den Kosten sei keine Miete aufgeführt.
- Ein Kauf - wie der Presse zu entnehmen war - sei für die CDU-Fraktion keine Option, da es sich bei diesem Konzept um einen Versuch handele.
- Zu den nicht verbrauchten INSEK-Mitteln stelle sich die Frage, weshalb der Jugendhilfeausschuss noch nicht informiert wurde, dass INSEK-Projekte nicht beantragt und die Mittel zurückgehalten wurden.
- Hinsichtlich der im Haushalt des Jugendamtes zur Verfügung stehenden 20.000 € weisen Vorsitzende Frau Weißenfeld und Frau Brinkmann zum wiederholten Male darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss über eingesparte Mittel rechtzeitig informiert werden möchte.
- Nach ihrem Kenntnisstand sei der obere Bereich des Gebäudes in offener Bauweise angelegt; erforderliche Umbaukosten seien in der Vorlage nicht erwähnt.
- Die geplante Zeitschiene sei für eine konkrete Planung zu kurz bemessen.

Die CDU-Fraktion möchte über die Gesamtkosten des Projektes informiert werden, bevor darüber abgestimmt werden könne.

Herr Langeworth bezieht sich auf die Aussage in der Vorlage, dass ein weiterer Imageschaden für das Gebäude vermieden werden sollte. Dies falle jedoch nicht in den Aufgabenbereich der Jugendhilfe.

In Anbetracht der Dunkelheit im Umfeld des Gebäudes und der nach seiner Kenntnis dort vorhandenen Drogenszene sollte der Gebäudeeigentümer als Sofortmaßnahme ausreichend Außenbeleuchtung an dem Gebäude installieren.

Er äußert die Befürchtung, dass die Jugendlichen Kontakt mit der dort vorhandenen Drogen- und Trinkerszene bekommen könnten.

Er hält ein ordnungs- und polizeirechtliches Konzept und entsprechende Maßnahmen für erforderlich und müsse Bestandteil des gesamten Projektes sein. Dieses Sicherheitskonzept fordere die CDU-Fraktion ein.

Zu den Ausführungen von Frau Brinkmann und Herrn Langeworth nimmt Beigeordneter Herr Nürnberger wie folgt Stellung:

Hinsichtlich „Miete oder Kauf“ sei mittelfristig eine Entscheidung unter wirtschaftlichen und stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten erforderlich, die vom Rat zu treffen sei. Möglicherweise sprechen u.a. die vorgenannten Kriterien für einen Kauf des Gebäudes.

Aufwendungen für Mieten würden grundsätzlich öffentlich nicht benannt.

Zu den INSEK-Mitteln führt er aus, dass die Mittel zwar beantragt, aber

von der Bezirksregierung nicht bewilligt wurden.

Er bestätigt, dass die oberen Ebenen des Gebäudes überwiegend offen gestaltet sind. Er rät jedoch davon ab, zum jetzigen Zeitpunkt Umbaumaßnahmen in die Planung einzubeziehen, da noch nicht feststehe, wie das Gebäude auf Dauer genutzt werden soll.

Zum Thema Sicherheit benötige es weiterhin starke Aktivitäten von Polizei und Ordnungsamt im Rahmen eines abgestimmten Vorgehens.

Herr Wandersleb führt aus, dass die SPD-Fraktion das Konzept begrüße. Er teilt die Einschätzung der Situation. Ziel sei es, eine Situation herbeizuführen, dass der Kesselbrink für die Menschen in dieser Stadt ein lebenswerter Platz wird. Er verstehe die Vorlage als eine Einladung zur Ideensammlung. Positiv hervorzuheben sei, dass es um Beteiligung gehe. Möglicherweise könnten Jugendliche vor Ort im Rahmen eines Projektes mitbeteiligt werden.

Er teilt die Einschätzung, dass es ein Sofortprogramm sein müsse und unterstützt die Planung, dass das Konzept zunächst in Trägerschaft der Stadt bleiben soll.

Hinsichtlich des Lärmschutzes plädiert er dafür, die Anforderungen fachlich zu ermitteln, auch im Hinblick auf Jugendkonzerte und eine eventuelle spätere Nutzung als Haus der Jugendkultur.

Frau Purucker trägt den Wunsch der Bielefelder Elternschaft auf Errichtung eines Elterncafés mit Spielmöglichkeiten für Kinder vor. Dies könne sie sich im Grünen Würfel gut vorstellen. Außerdem würde sie es begrüßen, wenn für den Jugendamtseaternbeirat die Möglichkeit bestünde, dort Veranstaltungen/Vorträge für die Eltern durchzuführen.

Frau Prof. Dr. Plößer hält es hinsichtlich der weiteren Planungen für den Kesselbrink für sehr wichtig, zeitnah verstärkt die Interessen von Mädchen und jungen Frauen einzuholen oder auch die Einrichtung Offene Mädchenarbeit einzubeziehen.

Der Grüne Würfel sollte eine Chance haben, ein guter Raum für Kultur und Bildungsarbeit für Mädchen und junge Frauen zu sein.

Sie unterstützt die angedachten Angebote. Es sollte aber auch ein offener Raum für Beratung sein für die Probleme der Jugendlichen, z.B. Rassismus- oder andere Stigmatisierungserfahrungen.

Frau Hopster schlägt vor, bis zu einem festzulegenden Termin Anfang nächsten Jahres ein Gesamtkonzept im Sinne eines Handlungskonzeptes zu erstellen. Sie würde es begrüßen, wenn ein Tagesworkshop angesetzt würde, um mit allen Beteiligten und Interessengruppen Ideen auszutauschen.

Vorsitzender Frau Weißenfeld ist es wichtig, dass die AGW und der Bielefelder Jugendring mit einbezogen werden.

Frau Henke begrüßt das Konzept, das noch Gestaltungsmöglichkeiten offen lasse. Insofern schließt sie sich den Ausführungen von Frau Hopster an.

-.-.-

Zu Punkt 7

Bildung und Teilhabe (BuT) – Prüfung der Einführung eines Internet-basierten Abrechnungssystems für Leistungen auf Bildung und Teilhabe (Bildungskarte)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9395/2014-2020

Herr Goertz sieht die Einführung einer Bildungskarte kritisch.

Es sei nicht korrekt, dass alle Leistungen nachzuweisen seien. Er verweist auf § 29 Abs. 5 SGB II, wonach im Einzelfall ein Nachweis verlangt werden kann.

Darüber hinaus führe die Verwendung der Bildungskarte dazu, dass sich Leistungsbeziehende als SGB II-Bezieher outen würden. Diese Stigmatisierung stelle eine große Hürde dar.

Beigeordneter Herr Nürnberger bittet darum, Fragen zu diesem Thema bis Ende Oktober einzureichen, die dann in einer Beschlussvorlage aufgegriffen würden.

Frau Purucker spricht sich aus Gründen der Stigmatisierung sowie aufgrund der Belastungen für Kita-Leitungen und Träger gegen die Einführung einer Bildungskarte aus.

Unter Verweis auf die Stadt Flensburg und auf den Kreis Paderborn bittet sie die Gewährung von Geldleistungen nochmals zu prüfen.

Darüber hinaus bittet sie, die Antragsvordrucke zu vereinfachen und einen Globalantrag wie beim Kreis Paderborn einzuführen.

Herr Rotter bittet um Information darüber, wie die Gewährung von Geldleistungen z.B. in Flensburg, Paderborn und Düsseldorf gehandhabt wird und welche Erfahrungen damit gemacht wurden.

Frau Henke bittet darum, die bürokratischen Vor- und Nachteile der beiden Systeme in Form von Fallbeispielen gegenüber zu stellen. Ihre Vorstellung für die Eltern sei ein möglichst unbürokratisches Verfahren, damit die Inanspruchnahme für alle Kinder einfach zu leisten ist.

Vorsitzende Frau Weißenfeld unterstützt die Ankündigung der Verwaltung, als nächsten Schritt eine Beschlussvorlage vorzulegen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Umbesetzung des Arbeitsfeldes "Offene Mädchenarbeit" im Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9404/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Frau Annika Schürmann (Mädchentreff Bielefeld) wird als Nachfolgerin von Frau Eike Bartheidel (Mädchentreff Bielefeld) als Vertreterin des Arbeitsfeldes „Offene Mädchenarbeit“ in den Fachbeirat für Mädchenarbeit der Stadt Bielefeld als stimmberechtigtes Mitglied berufen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Auskömmliche Finanzierung des Systems der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen; hier: Umschichtung von Mitteln **- 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9215/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Umschichtung von Mitteln zur auskömmlichen Finanzierung des Systems der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen in der Vertragsperiode 2020-2022 aus dem Budget des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention. Die Umschichtung bezieht sich auf

- für diesen Zweck zur Verfügung stehende Mittel i.H.v. 1.020.000 € (ehemals Mittel zur Finanzierung der Integration von geflüchteten Menschen) und
- anteilige Mittel des Integrationsbudgets i.H.v. 1.920.000 €.

2. Der Betrag von 1.020.000 € wird für das Jahr 2020 wie folgt umgeschichtet:

- Mittelzufluss beim Sozialamt 409.688 €
- Mittelzufluss beim Jugendamt 451.220 €

Der restliche Betrag i.H.v. 159.092 € verbleibt im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention.

Für die nachfolgenden Jahre verbleiben diese Beträge bei den Organisationseinheiten und werden dort entsprechend gesteigert.

3. Aus Mitteln des Integrationsbudgets erfolgt für den Zeitraum von drei Jahren eine Umschichtung i.H.v. insgesamt 1.920.000 €.

3.1 Für die Finanzierung der vom Rat beschlossenen 1-3 jährigen Projekte wird insgesamt ein Betrag von 1.452.056 € benötigt, der wie folgt verteilt wird:

- Mittelzufluss beim Sozialamt 872.212 €
- Mittelzufluss beim Jugendamt 275.326 €

- Mittelzufluss beim Gesundheitsamt 36.290 €
- Umschichtung innerhalb des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention 268.228 €

3.2 Für die Finanzierung der vom Rat beschlossenen zusätzlichen tariflichen Steigerungen bei den bereits bestehenden Verträgen verbleibt ein Betrag von 467.944 €, der wie folgt verteilt wird:

- das Sozialamt erhält einen Betrag i.H.v. 173.125 €
- das Jugendamt erhält einen Betrag i.H.v. 273.373 €
- das Gesundheitsamt erhält einen Betrag i.H.v. 17.291 €
- das Kommunale Integrationszentrum erhält einen Betrag i.H.v. 4.155 €

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Personelle Situation in den städtischen Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9423/2014-2020

Frau Brinkmann kündigt für die CDU-Fraktion Stimmhaltung an, da eine Rückkoppelung mit der Fraktion nicht möglich war.

Auf Nachfrage von Frau Hopster erläutern Beigeordneter Herr Nürnberger und Herr Epp ergänzend zur Vorlage die Gründe für den Personalmehrbedarf.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss, der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Doppel-Haushaltsplan 2020/2021 mit den Plandaten für die Jahre 2022 bis 2024 wie folgt zu beschließen:

1. Im Doppel-Stellenplan 2020/2021 für das Amt für Jugend und Familie – Jugendamt – ist ein weiterer Personalbedarf im Umfang von 17 Vollzeit-Planstellen für die städtischen Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung aufzunehmen.
2. Die entsprechenden Haushaltsmittel in Höhe von 630.000 € für das Jahr 2020 und 825.000 € ab dem Jahr 2021 sind als Personalaufwand im Doppel-Haushalt 2020/2021 bereitzustellen.
3. Die Deckung des Personalmehraufwandes erfolgt gesamtstädtisch.

- einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Spielflächenplanung
- Bericht zum Stand Hall of Fame
- Umsetzung 9. Mädchenbericht
- Bericht der Jugendberufsagentur
- Interessenbekundung Entscheidung zur Trägerschaft Ausweitung HZE an OGS
- Veranstaltungen Rosenmontag u. I love Nachsitzen
- Informationsvorlage zur KiBiz-Reform
- Beschlussvorlage zum Abrechnungssystem BuT
- Bericht zum Stand des Kita-Ausbaus
- Frau Brinkmann regt an, die Vorlagen so ausführlich zu gestalten, dass auf eine Berichterstattung verzichtet werden kann.

-.-.-